

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 7 + 34. Jahrgang **Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4** Berlin, 18. Februar 1935

Taten statt Worte

In Zeiten der Not sind die Menschen nur zu leicht geneigt, Worte für Taten zu nehmen. Das haben wir in den letzten 14 Jahren nur zu oft erfahren. Die Hungerstreike der letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre gaben der radikalen Linken eine günstige Gelegenheit, sich beim Volk zu empfehlen. Bald stellte sich heraus, daß Worte keine Taten waren. Als in den letzten beiden Inflationsjahren die ersten Auswirkungen der Friedensdiktate fühlbar wurden, kamen radikale Bewegungen von einer anderen Seite auf, die mit geschwollenen Worten glaubten, der Gewaltpolitik Frankreichs entgegenzutreten zu können. Die Ruhrbesetzung bewies ihnen, daß Worte keine Taten sind. Das deutsche Volk mußte Lasten auf sich nehmen, die bei Fortsetzung einer vorsichtigen Politik hätten vermieden werden können. Die geistigen Folgen der Ruhrbesetzung, nämlich eine verstärkte Gewissenshärzung derer, die zu rührselig und sentimental gedacht hatten, wollen wir trotzdem recht hoch anschlagen. Unterstrichen muß auch werden, daß der moralische Sieg des deutschen Volkes zum größten Teil der unerbittlichen Zähigkeit der Arbeiterchaft in den besetzten Gebieten zu verdanken war. Wir fügen hinzu, daß die gewerkschaftlichen Organisationen, ihre Disziplin und besonders die vaterländische Erziehungsarbeit der christlichen Gewerkschaften ein besonderes in diesem Kampf getan haben. Die nachfolgenden Jahre, die bald einen wirtschaftlichen Aufstiege brachten, führten dann zu einem Rückgang der politisch-radikalen Bewegungen. Wiederum ein Beweis, daß Radikalismus immer seinen Nährboden in der Not findet. Der Abstieg unserer deutschen Wirtschaft, mit all seinen Folgen, hat die radikalen Bewegungen wieder begünstigt, und heute sieht Deutschland als wirtschaftliche und politische Einheit wieder vor der Tatsache, daß extrem entgegengesetzte Auffassungen die Volkstimmung beherrschen.

Die christlich-nationale Arbeiterbewegung hat seit ihrem Bestehen aus sittlichen Erwägungen und im Hinblick auf das Beispiel der Natur darauf verwiesen, daß jede Revolution, weil sie gewalttätiger Umbruch ist, zum Schaden des Ganzen ausschlagen muß, und daß nur eine Evolution, d. h. eine organische Entwicklung, von Mängeln und Fehlern hinweg zu besseren Verhältnissen führen kann. Wir haben, als andere Kreise durch wirtschaftliche und politische Brutalität Sozialisten treibhausartig züchteten, den natürlichen Entwicklungsgedanken vertreten. Das war vom Agitationsstandpunkt gesehen hemmend, aber uns hat nie der ausschließlich einseitige Agitationsgedanke beherrschte, sondern das Wohl des Standes und mit ihm das Wohl des Volkes.

Wir stehen erneut vor Versuchen, in revolutionärer Form Volksschicksale zu gestalten. Erneut und mit bestem Hinweis auf ihre seitherige Tätigkeit kann die christliche Arbeiterbewegung darauf verweisen, daß auf diesem Wege dem einzelnen wie der Gesamtheit kein Heil werden wird. Wenn heute gewisse Kreise einer seither nur auf Agitation eingestellten Bewegung anfangen zu bremsen, statt sofortigen Einlösens des Wechsels eine Verlängerung von vier Jahren fordern, so ist das immerhin interessant. Wir sind objektiv genug, auch dann Vernunftsäußerungen anzuerkennen, wenn sie fünf Minuten vor Torschlößchen kommen. Solche Äußerungen sprechen nur für unsere immer vertretene Auffassung, daß so gewalttätige Erschütterungen des Staats- und Wirtschaftslebens, wie wir sie in Deutschland in den letzten 18 Jahren mitgemacht haben, nicht in kurzer Zeit und nicht mit Patentrezepten beseitigt werden können.

Die Agitatoren des Sozialismus alter Couleu r haben noch bis in die Nachkriegsjahre hinein ihren Gläubigen versprochen, die Bergesellschaftung der Produktionsmittel werde ihnen den Garten Eden auf Erden bringen. Was erfüllt werden konnte, ist bekannt. Die Unverantwortlichkeit von Leuten, die in den letzten Jahren zu gleicher Zeit dem Bauern hohe Preise und dem Konjumenten billige Le-

bensmittel, dem Unternehmer niedrige Gestehungskosten und dem Arbeiter hohe Löhne, dem Hausbesitzer gute Rentabilität des Grundeigentums und dem Mieter billige Mieten — und so in Gegenjahren allen Schichten alles — versprochen haben, sei hier nur noch einmal festgestellt. Es ist natürlich, daß später eintretende Reuegerungen, die auf eine langsame Abwicklung der Not hinausgehen, von den eigenen Anhängern nicht geglaubt und von andern Kreisen als Verlegenheitsformen angesehen werden. Hemmungslose Agitation wird sich immer rächen.

Alle Pläne, die das Herauskommen aus den heutigen wirtschaftlichen und staatspolitischen Nöten

zum Ziel haben, müssen die gesamte Lage unseres Volkes berücksichtigen. Für uns als Arbeiterchaft beweisen die heutigen Zustände in klarster Weise, daß die organische Gewerkschaftsarbeit die beste Sicherung im Wirtschaftsleben ist. Die Gewerkschaftsarbeit muß auf Pfaffen, auf tönende Wunschkilder verzichten, sie muß sich mit beiden Füßen auf dem Boden bewegen. Das ist manchen Illusionisten zu langweilig, das ist manchem Zappler zu pedantisch — und deshalb von den einen der Vorwurf der trodenen Gewerkschaftstätigkeit, von den andern der Vorwurf der spießrischen Bürokratie. Das Leben beweist aber, daß zielstärkeres, nüchternes Tun den Erfolg besser garantiert als eine wortreiche Theaterpielerei. Die gewerkschaftliche Tätigkeit erfordert verständesgemäße Einstellung. Trotz und gerade wegen aller Not der Zeit wollen wir dieses besonders beherzigen. Taten statt Worte!

Gewerkschaftliche Rechtshilfe

Was vor zehn Jahren noch eine gering beachtete Neben- hilfe des Verbandes war, hat sich im Laufe der Zeit zu einer der segensreichsten Einrichtungen für die Kollegenchaft entwickelt. Es ist dies der gewerkschaftliche Rechtschutz. Er wird in der Regel vom einzelnen erst dann voll gewertet, wenn ein lohnpolitischer Streitfall oder eine ungeklärte Frage in der Sozialversicherung oder Arbeitslohnfürsorge an den einzelnen herantritt. Die Wirtschaftskrise hat dazu geführt, daß in weit mehr Fällen als früher Fragen des Arbeitsvertrages am Gericht ausgetragen werden müssen. Der Versuch, am Arbeiter zu „sparen“, wird durch die derzeitigen Zeitverhältnisse begünstigt. „Angebote“ notleidender Arbeiter und in manchen Fällen auch unterjochte Kalkulationen der Unternehmer oder gar direkte Notlage derselben bilden die Ursachen hierzu. Die soziale Versicherungsgebung, die Ansprüche aus der Arbeitslohnfürsorge, die Bedingungen der Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung sind durch die vielfältigen Um- An- und Abbauten durch Notverordnungen so unübersichtlich geworden, daß nur noch Spezialisten die Rechtslage kennen. Der Lohn- oder Unterstühtungsberichtigte hat neben der bekannten Schwerfälligkeit im Umgang mit Behörden nicht die Rechtskenntnisse, um schnell und billig über seine Ansprüche Klarheit zu bekommen. Die Gewerkschaft ist hier mit ihren behörden- und rechtsbewanderten Vertretern die Einrichtung, die einem wirklichen sozialrechtlichen Mangel Abhilfe schafft. Sie nutzt dem Anspruchsberechtigten aus den eigenen Mitgliederkreisen unmittelbar, sie sorgt aber auch durch das Hintreiben ungeklärter Rechtsauffassungen bis zu den höchsten Instanzen für die Schaffung einer dann allgemein gültigen Rechtsansicht. Die Bedeutung dieser letzteren Tatsache kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden.

Gesamtzahlen des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes wirken nüchtern und vermitteln nicht immer die Vorstellung, die der einzelne Fall in anschaulicher Form zum Ausdruck bringt. Wir geben deshalb aus den Tausenden von Rechtsschutzfällen hier nur einige wenige, die für den Segen des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes durch sich selbst sprechen, in knappster Form wieder.

Unfallentschädigung erhöht. Der Betriebsarzt einer Berufsgenossenschaft wertete den Unfall eines 56jährigen Maurers in H., dem die Kniekehle gebrochen, das Bein teilweise versteift und eine unsichere Gangart geblieben war, mit 33% Prozent. Durch Nachfragen des Verbandes wurde die Rente auf 50 Prozent erhöht.

Kriegsbeschädigtenrente wieder anerkannt. Ein über 50 Jahre alter kriegsbeschädigter Maurer ließ sich in der Inflationszeit abfinden. Jetzt hat sich sein Leben verschlechtert. Der Antrag auf Wiedergewährung der Rente wurde abgelehnt. Die Vertretung des Verbandes erwirkte ihm die Zuerkennung in Höhe von 50 Prozent.

Rückständigen Lohn beigetrieben. Kollege K. in H. hatte 440 Mark rückständigen Lohn zu fordern. Auf sein Drängen wurde er an die Luft gesetzt. Das erwirkte Urteil wurde seitens des Beklagten nicht durchgeführt. Der Verband mußte Aufenstände des Beklagten zu ermitteln und erwirkte durch Ueberweisungsbefehl, daß das Geld in Kürze dem Kollegen zugeführt wurde.

Das Arbeitsamt sah ungerechtfertigte Bereicherung.

Der krisenunterstützte Kollege B. arbeitete am Wiederaufbau seines abgebrannten Stalles mit. Das Arbeitsamt rechnete ihm hierfür 150 Mark Krisenunterstützung an, die er zurückzahlen sollte. Das vom Verband betriebene Einspruchsverfahren endet mit der Entscheidung, daß die angenommene „Bereicherung“ nicht vorlag.

Angezwungene Anwartschaft in der Arbeitslosenversicherung anerkannt. Das Arbeitsamt A. glaubt in einem Orte in zwölf Fällen die Anwartschaft auf Bezug der Arbeitslosenversicherung bestreiten zu müssen. Die Kollegen sollen 880 bzw. 1200, zum Teil über 2000 Mark zurückzahlen. Die Verhandlung in einem Fall, der für die anderen grundlegend war, ergab, daß die ursprünglich angenommenen Fristen der Arbeitslosigkeit sich durchaus mit dem gesetzlichen Begriff deckten. Die geforderte Rückzahlung wurde damit hinfällig. Ersparnis siehe oben.

Hilfsbedürftigkeitsprüfung. Sie fiel für den Kollegen E. in H. sehr ungenügend aus. Sein beiderseitiger Lebens- und sechs Kinder wurden zusammengezogen auf eine wöchentliche Unterstützung von 6,50 M. Der vom Verband betriebenen Erhöhung auf 10,50 M. folgte später die Herabsetzung auf 6,50 M., dann auf 4,00 M., dazu noch die Aufforderung, 28,- Mark zurückzahlen. Alle Bescheide wurden angefochten. Jetzt gelten 13,50 Mark in der Woche als zu Recht.

Berufsunfähigkeit anerkannt. Trotz Arbeitsunfähigkeit des Kollegen G. in H. wird die Invalidenrente abgelehnt. Unser Antrag auf Nachuntersuchung auf eigene Kosten kann zwar nicht abgelehnt werden, wird aber mündlich als Geldverschwendung bewertet. Die Untersuchung ergibt Vollinvalidität, der Kollege erhält die Invalidenrente und vom Tage der Antragstellung (August 1931) eine Rückzahlung von 800 Mark.

Die Arbeit im väterlichen Geschäft war versicherungspflichtig. Der Kollege R. war bei seinem Vater als Ländergehilfe beschäftigt. Die Unterstützung wurde zunächst anerkannt, später wurde ihre gesetzliche Voraussetzung abgestritten und ein Betrag von 491 Mark zurückgefordert. Daneben sollte eine Ordnungsstrafe von 20 Mark zur Gewissenshärzung dienen. Nach mehrmaligen Verhandlungen vor dem Spruchauschuß wurde der Nachweis erbracht, daß die Beschäftigung, die den Rechtsboden für die Unterstützung gab, eine versicherungspflichtige war. Die Rückzahlungspflicht wurde aufgehoben, die Ordnungsstrafe erlassen.

Der Delegierte darf nicht herausgefickt werden. Ein gewissenhafter Baudelegierter in E. war dem Unternehmer uneben geworden. Bei einer kleinen Geschäfts- standung wurde die Belegschaft auf 9 Mann gekürzt, der Delegierte gekündigt. Schon nach zwei Tagen wurde die Belegschaft auf 15 Mann erhöht. Die Aussage des bauleitenden Architekten war unserer Auffassung, daß Maßregelung vorliege, nicht günstig. Unser Nachweis, daß zu den 9 Beschäftigten auch noch zwei beschäftigte verarbeitete Söhne des Unternehmers zuzurechnen seien, erwies, daß die Beschäftigungszahl in der strittigen Zeit 11 Personen betrug. Der Unternehmer mußte seinen Vorstoß gegen den Delegierten mit 100 RM. Schadenersatz abgeben.

Hilfsbedürftigkeit. Dem Gipsler G. in H. wird die Hilfsbedürftigkeit nicht zuerkannt, weil durch das Einkommen seiner Tochter der Nachlass der allgemeinen Für-

Reichstarifverhandlungen

Die vielseitigen „Wünsche“ der Arbeitgeberorganisationen zum Reichstarifvertrag haben die Parteien schon im Januar an zwei Tagen beschäftigt. Auch der erste Verhandlungstag im Februar (7.) diente zunächst der Durchsprache der beiderseitigen Forderungen und der Begründung der besonders prinzipiellen Auffassungen. Am zweiten Verhandlungstag versuchten die Arbeitgeber sogar noch mit verschiedenen harmlos aussehenden, in der Auswirkung aber verschärfenden Formulierungen den Verhandlungsgang zu erschweren. Schließlich ist man sich in einer kleinen Kommission wieder etwas näher gekommen, eine endgültige Einigung war aber noch nicht zu erzielen. Am 23. Februar sollen erneut Versuche in dieser Richtung unternommen werden.

Die Verhandlungen sind über die Rechtsfrage der, ob die Gemeinde die allgemeinen Bestimmungen der Fürsorge anwenden darf, oder ob nach den wesentlich günstigeren Richtlinien des Landesamtes geurteilt werden muß. Das von uns angelegte Einspruchsverfahren endete nach mehrmaliger Verhandlung damit, daß dem Kollegen eine wöchentliche Unterstützung von 8,50 RM. zugesprochen wurde.

Der Begriff der Arbeitsfähigkeit. Dem Maurer K. in F. wurde die Arbeitslosenunterstützung verweigert, weil er nicht „arbeitsfähig“ sei. Die Spruchkammer schloß sich nach Parlegung der Verhältnisse durch unsere Vertretung dem Arbeitsamt und dem Gutachten des hiesigen Krankenhauses nicht an und sagte: Der Begriff der Arbeitsfähigkeit nach § 87 des WBSG. ist als Sonderbegriff wesentlich anders zu werten, als vorher gesehen. Der Erfolg war, daß dem Kollegen die Unterstützung in Höhe von 13 RM. nachgezahlt wurde.

Ein raffiniert zugespielter Afford hebt die Tariflohngrundlage nicht auf. Bei einer Meliorationsarbeit in Oberhessen wurde den Kollegen ein raffiniert zugespielter Afford angehängt, der trotz härtester Anstrengung nur einen Lohn erbrachte, der unter der Hälfte des Tariflohnes lag. Auftraggeber und Arbeitgeber zeigten bei Verhandlungen die kalte Schulter und redeten verblümt und unverblümt von Faulenzerei. Auf Klage unserer Seite erfolgte Verurteilung dafür, die Differenz zwischen Affordbetrag und Tariflohn in Höhe von 372 RM. nachzahlen.

Der Arbeitgeberanteil zur Betriebsversicherung wird auch durch einen entsprechenden Affordvertrag nicht herabgesetzt. Ein Arbeitgeber in S. hatte einem in einer Sandgrube beschäftigten Kollegen vertraglich die Bezahlung der gesamten Sozialversicherungsbeiträge aufgebürdet. Das Arbeitsgericht gab ihm recht. Das Landesarbeitsgericht entschied zugunsten des Kollegen, weil nach § 139 der Reichsversicherungsordnung Überbürdung von Versicherungslasten auf den Versicherten über seinen gesetzlichen Anteil hinaus nicht zulässig ist.

Zur vertriebenen Zeit gesperrt. Ein Schornsteinbau war unterirdisch entlohnt. Den gegnerischen Einwand, daß er nur als Nebelfahrer eingestellt wäre, konnte er widerlegen. Er hatte leitende Arbeiten ausgeführt. Da der Klagebetrag die berufsrechtliche Grenze überschritt, mußte er ans Landesarbeitsgericht. Dieses be-

lehnte ihn, daß man am Landesarbeitsgericht sich nicht selbst vertreten könnte, sondern sich nur durch einen Rechtsanwalt oder Gewerkschaftssekretär vertreten lassen müsse. Die Berufungsfrist war inzwischen verstrichen. Klage auf Wiedereinstellung in dem alten Stand war erfolglos. Den gesperrten Verbandsbeiträgen steht nunmehr eine materielle Einbuße von 374 RM. Lohn und eine lebenslange Einbuße an der Höhe seiner Unfallrente gegenüber, weil bei einem erlittenen Unfall das Jahreseinkommen eine gewisse Grundlage bildet und die nicht gezahlten 374 RM. jetzt auch das für die Rente maßgebende Jahreseinkommen beeinträchtigen.

Junge Maurer sind keine Ausbeutungsobjekte. Ein junger Kollege in D. wurde für 181 Arbeitsstunden mit 30 RM. Lohn abzuhaspeln versucht. Die Differenz von 105 RM. mußte auf dem Klagewege erstritten werden. Der „soziale“ Arbeitgeber wollte auch an Gerichtsstelle noch Gläubiger dafür finden, daß 30 RM. genaug seien. Der junge Mann solle froh sein, überhaupt Arbeit gehabt zu haben. Dem Urteil mußte noch Zwangsvollstreckung folgen, um das Lohnrecht des jungen Kollegen endgültig durchzusetzen.

Der Nachweis der Unarbeitsfähigkeit. Kollege M. lag mit dem Arbeitsamt in Streit, das ihm die Unarbeitsfähigkeit für die Arbeitslosenunterstützung bestritt. Unsere Verhandlungsvertretung brachte die notwendigen Unterlagen bei und Kollege M. erhielt ca. 300 RM. nachgezahlt und die zustehende Unterstützung weiter gezahlt. Die Ortsfürsorge wäre, wenn sie überhaupt zugehört hätte, wesentlich geringer ausgefallen.

Das Urteil allein nützt nichts, auch die Vollstreckung muß durchgeführt werden. Der Zahlungsverweigerer mancher ländlicher Unternehmer ist mehr als bescheiden. Drei unserer Kollegen hatten noch 908 RM. Guthaben bei einem Unternehmer, für die durch Klageantrag der Rechtsmittel bald sichergestellt war. Damit hatten sie aber noch nicht ihr Geld. Eine Geduldsübung von einem Jahr machte den Unternehmer nicht zahlungslustiger. Sobald er einen größeren Auftrag zur Ausführung bekommen hatte, beantragten wir Pfändung der vorhandenen und noch fällig werdenden Forderungen mit dem Erfolg, daß unsere Kollegen ihre Lohnbeträge als Weihnachtsgabe ausgezahlt erhielten. Eine ganze Anzahl unorganisierter Mitarbeiter, die teilweise noch höher als „Kapitalisten“ mit dem Unternehmer in Zuführung standen, haben bis heute noch nichts erhalten. Sie haben allerdings den Verbandsbeitrag gesperrt. Ob das Lehrgeld sie jetzt zur Barmut bringt?

Unmöglichkeit Rückkehr in eine häusliche Gemeinschaft. Dem Kollegen F. wurde unter Bezugnahme auf § 89 a des WBSG. die Arbeitslosenunterstützung verweigert. Die Rückkehr zu seinen Angehörigen war ihm aber aus wichtigen Gründen unmöglich. Er wünschte die Befreiung von den Verbandsbeiträgen. Das hätte ihm materiell wenig genützt. Durch erneuten Vorpruch bei Wohlfahrtsamt und wiederholte Verhandlungen wurde der Fall eingehend geprüft, die tatsächlichen Gründe des Kollegen gewürdigt und ihm laufend eine halbmonatliche Unterstützung von 19 RM. zuerkannt. Das ist für seine unumgänglichen Bedürfnisse ausschlaggebender als die Ersparung von 10 oder 20 Pf. wöchentlichen Erwerbslosenbeitrages.

Wertwürdige Indezymethoden

Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß die Löhne der Bauarbeiter in einem ganz unerträglichen Maße gesunken sind. Den Unternehmern im Baugewerbe aber scheinen die Lohnsenkungen noch nicht weit genug zu gehen. Die Erfolglosigkeit der bisherigen Lohnsenkungen für die Behebung der Bauwirtschaft macht es ihnen allerdings schwer, einen triftigen Grund für weitere Lohnsenkungen zu finden. Aber sie haben jetzt endlich eine Begründung erdacht, mit der sie auch bereits bei den letzten Lohnsenkungen operiert haben: den Lebenshaltungslohnindex. Ihre Forderungen lauten darauf hin, aus dem heutigen Stundenlohn in der Höhe des Stundenlohnes von 1914 - Steigerung der Lebenshaltungslohnindex festzusetzen.

Das ist natürlich eine ganz unmögliche Methode. Wenn man schon überhaupt mit dem Stundenlohn operiert, so kann man ihn nur in Beziehung setzen zu den Lebenshaltungskosten, und in dieser Beziehung haben wir bereits 1930 festgestellt, daß die Baukosten das allgemeine Preisniveau nicht überstiegen. Zwischen diesen neuen Unternehmungen, auf die wir in der letzten Nummer der „Baugewerkschaft“ hingewiesen haben, daß die Baukosten niedriger als der Stand von 1914 erreicht haben, wenn nicht gar bereits schon darunter gesunken sind. Kann man sie gerade den Unternehmern dann liegen, die Lohnsenkungen unter dem Gesichtspunkt der Gehaltssteigerung zu führen. Aber da ihr alter Trampel nicht mehr reicht, haben sie ihre Methode in der gehobenen Art gemischt. Wenn man aber überhaupt den Lohn mit dem Lebenshaltungsindex vergleichen will, muß man schon den Wochenlohn zum Vergleich nehmen, weil für die Lebenshaltung nicht der Stundenlohn, sondern der Wochenlohn entscheidend ist. Und auch der Wochenlohn gibt das Verhältnis noch zu günstig. Es ist bekannt, daß der Lebenshaltungsindex Steuern und Sozialversicherung nicht enthält. Aber gerade diese sind gegenüber der So-

zialversicherung ganz erheblich gestiegen. Sie betragen für eine fünfköpfige Familie mit einem Jahreseinkommen von 40 Mark 1914 5 Prozent des Einkommens, 1932 13,25 Prozent des Einkommens (nicht 12,5 Proz., wie irrtümlich in Nr. 4 der „Baugewerkschaft“ angegeben war). Will man also die Wochenlöhne mit dem Lebenshaltungsindex vergleichen, so wird man zuvor von dem Wochenlohn 1914 5 Prozent und von dem Wochenlohn 1932 13,25 Prozent abziehen müssen.

Wir führen hier nur ein paar Beispiele an: Maurerstundenlohn 1914 52 Pf., wöchentliche Arbeitszeit 60 Stunden, Bruttowochenlohn 31,20 Mark, Nettowochenlohn 29,61 Mark; Maurerstundenlohn Dezember 1932 76 Pf., wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden, Bruttowochenlohn 36,48 RM., Nettowochenlohn 31,65 RM. Unter Berücksichtigung des Lebenshaltungslohnindex von Dez. 1932 = 118,4 beträgt der Realwert des Nettowochenlohnes 26,73 RM., er ist also 2,91 RM. = 9,82 Prozent niedriger als der Nettowochenlohn 1914. Oder ein anderes Beispiel: Maurerstundenlohn 1914 64 Pf., wöchentliche Arbeitszeit 59 Stunden, Bruttowochenlohn 37,76 Mark, Nettowochenlohn 35,57 Mark; Maurerstundenlohn Dez. 1932 96 Pf., wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden, Bruttowochenlohn 42,20 RM., Nettowochenlohn 37,48 RM. Unter Berücksichtigung des Lebenshaltungslohnindex von Dez. 1932 = 118,4 beträgt der Realwert des Nettowochenlohnes 31,66 RM., er ist also 4,21 RM. = 11,74 Prozent niedriger als der Nettowochenlohn 1914.

Rechtlich liegen die Verhältnisse in fast allen Tarifgebieten, teilweise ist das Verhältnis zu 1914 allerdings noch schlechter. Es zeigt sich also mit aller Deutlichkeit, daß das Bauniveau gegen 1914 bereits in unerträglicher Weise gesunken ist. Wie aber würde es erst aussehen, wenn die Unternehmerforderungen durchdringen würden? Es ergäbe sich dann in diesen beiden Fällen folgendes Bild:

Fall 1: Den Unternehmerforderungen würde entsprechen ein Stundenlohn von 62 Pf. (Stundenlohn von 1914 52 Pf. + Steigerung der Lebenshaltungskosten 18,4 Prozent), das ergäbe einen Bruttolohn von 29,76 RM. und einen Nettowochenlohn von 25,82 RM. und einen Realwert des Nettowochenlohnes von 21,81 RM. Der Nettowochenlohn würde also bereits seinem Nominalwerte nach um 3,82 RM. = 12,9 Prozent unter dem Nettowochenlohn von 1914 liegen, dem Realwerte nach sogar um 7,83 RM. = 26,4 Prozent.

Die entsprechenden Zahlen für den 2. Fall würden sein: Stundenlohn 76 Pf. (Stundenlohn von 1914 64 Pf. + Steigerung der Lebenshaltungskosten 18,4 Prozent), Bruttowochenlohn 36,48 RM., Nettowochenlohn 31,65 Reichsmark, Realwert des Nettowochenlohnes 26,73 RM., Nettowochenlohn dem Nominalwerte nach niedriger als 1914 4,22 RM. = 11,8 Prozent, dem Realwert nach sogar 9,14 RM. = 25,5 Prozent.

Wir betonen bereits eingangs, daß alle bisherigen Lohnsenkungen wirkungslos verpufft sind. Mit unbedingter Sicherheit kann man sagen, daß auch weitere Lohnsenkungen in dieser Richtung keinen Erfolg haben werden. Erreicht würde lediglich eine Senkung der schon unerträglich stark beschnittenen Kaufkraft der Bauarbeiter, und das könnte wieder nur eine starke Hemmung für die Behebung der Wirtschaft überhaupt bedeuten. Unter diesen Umständen kann man die Lohnpolitik der Unternehmer nicht anders als unverantwortlich bezeichnen.

Dürfen wir noch bauen?

Verzagte Stimmungspolitik und Zweifelsmisten haben unter Hinweis auf den Geburtenrückgang der letzten Jahre eine wohnungsbaufeindliche Stimmung geschaffen, die sich nicht nur zum Schaden des Baugewerbes, der Ausbaugewerbe, der Transport- und Ausstattungsberufe, sondern unserer gesamten Volkswirtschaft auswirkt. Ein Axtel bis ein Sechstel der deutschen Wirtschaft wurde ehemals von der Bauwirtschaft günstig beeinflusst. Für die Wohnungskultur, die Volksgesundheit und Volkswirtschaft ergeben sich aus dem noch bestehenden und sich wieder verbreitenden Wohnungsmangel besondere Gefahren. Seit dem vorigen Jahre werden diese Gefahren auch wissenschaftlich anerkannt und mit statistischen Belegen untermauert. In einer großen Aussprache der Gesellschaft für Soziale Reform wurde im Herbst vorigen Jahres den pessimistischen Gedankengängen des Bürgermeisters Dr. Luppe, Wilmsherg, und des Zweifelsmisten Dr. Kawraski durch die Mitglieder des Statistischen Reichsamts, Regierungsrat Dr. Karl Wagner und Direktor Dr. F. Burgardt entgegengetreten. Der Deutsche Verein für Wohnungsreform E. V. hat am 1. Februar d. J. in einer Kundgebung im Reichswirtschaftsrat zu Berlin gleichfalls diese Fragen zum Gegenstand einer wissenschaftlichen Erörterung gemacht und in einer besonderen Schrift seine Ansicht dem öffentlichen Urteil unterstellt.

Die Kopfzahl der Reichsbevölkerung wird bereits um das Jahr 1945 mit etwa 67 bis 68 Millionen ihren Höhepunkt erreichen und alsdann zurückgehen. Trotzdem wird - infolge des Aufrückens stark besetzter Vorkriegsjahrgänge in das heiratsfähige Alter usw. und der verlängerten Lebensdauer - der Bestand an Ehen und Haushaltungen noch weiter zunehmen und erst um das Jahr 1960 seinen Höhepunkt erreichen. Es werden bis dahin noch rd. 3 bis 3½ Millionen Haushaltungen zunehmen.

Unter der Annahme, daß sich die Geburtenzahl nicht heftig ändern sollte, dann noch rund 3½ bis 4 Millionen neue Wohnungen notwendig. Es kann angenommen werden, daß nach Umfluß der heute dem Pessimismus zuneigenden Zeit ein Wiederaufblühen unseres Volkes sicher eintritt. Zunächst wird der Geburtenrückgang für den Wohnungsbedarf nicht ungünstig bemerkbar machen. Vielmehr wird durch das Hineinwachsen der Jahrgänge aus der geburtenfreundigen Zeit ins heiratsfähige Alter ein vergrößerter Wohnbedarf entstehen. Wenn dann keine oder nur ungenügend Wohngelegenheiten vorhanden sind, würde geradezu der notwendigen Bevölkerungsentwicklung entgegengeartet und einem Aufstieg aus der heutigen, der Volkswirtschaft ungünstigen Situation der Weg verbohrt.

Eine vorausschauende Wohnungspolitik wird allerdings die jetzt wieder stärker werdende Umsiedlung der Bevölkerung von der Stadt zum Lande im Auge behalten und des Weiteren die derzeitige Familiengröße so in Rechnung stellen, daß Neuwohnungen der Familienzahl entsprechend, zugleich aber auch erweiterungsfähig sind. Berücksichtigt muß weiter werden, daß sehr vieles, was heute noch als Wohnraum dienen muß, den Wohnbedürfnissen längst nicht mehr entspricht. Es dient der Volksgesundheit und Volkswirtschaft, wenn dieser „Wohnraum“ langsam verschwindet. Eine Sanierung solcher Wohnräume kann nur dort vertreten werden, wo besondere wirtschaftliche Bedingungen dafür sprechen. Es ist auch anzunehmen, daß durch die stark vermehrte Frauenarbeit und die eingetretene wirtschaftliche Verelendung der Frauen ein Wohnbedarf besonderer Art entsteht, dem heute noch nicht zur Genüge Rechnung getragen ist. Es gilt also ohne Koreingemessenheit und in Berücksichtigung statistischer und anderer Erfahrungen dem Wohnungsproblem ins Auge zu sehen. Ein Volk, das nicht baut, spricht einen stillschweigenden Verzicht

auf seine Zukunft aus. Es gibt sich selbst auf. Bauen und Wohnungen erstehen ist nicht nur eine Befriedigung kultureller Bedürfnisse, es ist zugleich auch der Kraftausdruck einer Generation, die an sich und ihre Zukunft glaubt.

National und sozial!

Es gibt in Deutschland eine gewisse Schicht von Menschen, die mit einer großen Geschäftigkeit ihre patriotische Gesinnung in der Öffentlichkeit zu betonen pflegen. Sie spielen sich auf, als ob nur sie die wahren und berufenen Hüter der vaterländischen Gesinnung seien. Man bezeichnet sie nicht mit Unrecht in herabsehendem Tone als „Patentpatrioten“.

Diesem gegenüber steht ein großer Teil des Volkes, der den international eingestellten Schichten nachläuft. Allerdings muß man hier die Beobachtung machen, daß ein großer Teil dieser Mitglieder durchaus nicht so vaterlandslose Gesellen sind, als sie es der marxistischen Doktrin entsprechend sein müßten. Wenn sie trotzdem den internationalen Parteien angehören und für sie stimmen, so liegt das daran, daß sie sich abgestoßen fühlen von dem Zerbild des Nationalismus, das ihnen die Patentpatrioten liefern.

Wahre und selbstverständliche Vaterlandsliebe äußert sich in Opferbereitschaft. Doch die haben wir bei den Patentpatrioten stets vermisst, auch in Zeiten der Not. Bei den Patentpatrioten paart sich mit der marktschreierischen vaterländischen Gesinnung ein aus Egoismus geborenes unerhört sozialreaktionäres Streben. Ein an so volksfeindliches Streben gebundener Nationalismus hat freilich reichlich Klammern notwendig, ohne deshalb im Volk viel Chancen zu haben.

Unter der Kanzlerschaft des Herrn von Papen sind solche Bestrebungen einer unsozial denkenden Schicht zum Durchbruch gekommen. Diese Bestrebungen wirken weiter zum Schaden des Vaterlandes. Und so laufen viele Deutsche international eingestellten Parteien nach, weil sie, bitterer Erfahrung gemäß, unwillkürlich an das Unsoziale denken, wenn sie vom Nationalen hören. Wenn das Unsoziale sich demagogisch an die Seite des Nationalen gesellt, oder sich gar damit vermischt, dann kann das einfach und gerade denkende Volk die Grenzen nicht immer unterscheiden. Und wenn es dies kann, dann fühlt es doch zunächst das Unsoziale. Es denkt an eine Abwehr um jeden Preis und wendet sich dorthin, wo es Hilfe erwartet. Liegt es nicht nahe, daß ein großer Teil sich dem den Patentpatrioten entgegengesetzten Pol zuwendet?

Die Internationalen sind es hier, die, gleichsam als Parallele zu den Patentpatrioten, sich in ebenso demagogischer Weise als allein sozial gebärdend und mit freundlicher Miene die Unzufriedenen einladen. So wirken die Patentpatrioten mit ihrem unsozialen Streben im Dienste des Internationalismus. Ob gewollt oder ungewollt, ist gleichgültig. Darum wirkt es immer etwas komisch, wenn sich die Erbpächter des Nationalismus mit Entrüstung gegen den Internationalismus wenden.

Rundschau

„Nicht nach oben, sondern nach unten sehen!“

Auf einer Tagung der westfälischen Landwirtschaftskammer fragte der Vorsitzende, Freiherr von Lüninck, daß jede Rentabilitätsmöglichkeit in der bäuerlichen Veredelungsproduktion durch die ungehemmte Auslandszufuhr vernichtet werde. Die vom Staate betriebene Handels- und Wirtschaftspolitik gewähre dem Bauer für seine Produkte etwa zwei Drittel des Friedenspreises. Zugleich verlange der Staat und seine Organe aber von dem Bauer an Steuern und Lasten das Dreifache bis Vierfache der Vorkriegszeit. Der westfälische Bauer sei am Ende seiner Kraft — aber auch seiner Geduld.

Auf diese Ausführungen Lünincks antwortete mit einigen treffenden Bemerkungen der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Graf von Helldorf:

„Groß ist Ihre Not, aber größer ist die Not von Millionen deutscher Staatsbürger, die außerstande sind, die erforderlichen Nahrungsmittel täglich auf den Tisch ihrer Familie zu stellen. Bei all Ihrer Not, meine Herren, sind Sie hierzu wenigstens noch immer in der Lage gewesen. Der deutsche Bauer hat noch nicht gehungert, aber Millionen anderer Menschen darben. Das Problem Volkswirtschaft und Weltwirtschaft kann ich hier nicht erörtern. Dieses Problem, das Problem der Volks- und Weltwirtschaft hat kein Ranzler, — nicht einmal Bismarck, — kein Minister und keine Regierung lösen können zur restlosen Zufriedenheit Ihres oder eines anderen Standes. Auch hier sind wir darauf angewiesen, uns zu verständigen und entgegenzukommen. Nicht nach oben, sondern nach unten sehen! Was wir in der Nachkriegszeit durch Arbeit und Not, durch Hunger und Geduld ererbt haben, das wollen wir auch über diese Zeit der Leiden und Kreuze zusammenhalten!“

Mechanisierung der Ziegelherstellung

Auf einer Tagung der Leiter von Ziegeleibetrieben in Berlin wurden zur Frage der technischen Entwicklung der Ziegelherstellung interessante Angaben gemacht. Im Jahre 1900 arbeiteten in Deutschland nahezu 18 000 Ziegeleien. Das waren damals noch durchgängig die heute bald nicht mehr bekannten Handziegelbetriebe. 1913 war die Zahl bereits auf 10 000 gesunken. 1918 waren es noch 5600. Heber die Aufstiegsperiode hinweg ist in der Zeit des wirtschaftlichen Tiefstandes die Zahl der Betriebe im Jahre 1932 auf 3500 gesunken. — Die der-

Am 18. Februar 1933 ist der siebente Wochenbeitrag für das Jahr 1933 fällig.

zeitige Produktionsfähigkeit beträgt für Mauersteine im Jahr rund 10 Milliarden Stück, für Dachziegel rund 2 Milliarden Stück. Im Jahre 1932 wurden allerdings nur etwa 2 Milliarden Mauersteine und 300 bis 400 Millionen Stück Dachziegel abgelekt.

Genossenschaftsumsätze als Krisenbarometer

Die Umsatzentwicklung der Konsumgenossenschaften ist ein zuverlässiges Barometer für die Wirtschaftslage. Der Umsatz der Genossenschaften des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine e. V. (Köln) ist im Jahre 1932 von 180.384.179 RM. auf 139.466.114 RM., also um 22,7 Prozent zurückgegangen. Dieser Umsatzrückgang im vergangenen Jahre ist ein unmittelbarer Ausdruck der fürchterlichen Verarmung der breiten Schichten des deutschen Volkes. Im zweiten Halbjahr 1932 ist der Umsatzrückgang im allgemeinen zum Stillstand gekommen, ein Zeichen dafür, daß die Talsohle der Krise erreicht ist. Während die Umsätze des ersten Halbjahres 1932 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 21,39 Prozent gesunken waren, hielten sie sich im zweiten Halbjahr im allgemeinen auf diesem neuen Stande.

Aus dem Verbandsleben

Dresden. Wir hielten am 20. Januar unsere Generalversammlung im Verbandsheim Dresden ab. Der stellvertretende Vorsitzende, Kollege Friede, gab den Jahresbericht, und erwähnte hierbei, daß trotz der Arbeitslosigkeit und dem Kampf gegen die Gewerkschaften wir uns gut geschlagen haben. Der Mitgliederstand weist dies aus. Durch die Krise in der Bauwirtschaft sind im letzten Verbandsjahr im Durchschnitt 85 Proz. der Kollegen ohne Schuld zum Nichtstun verurteilt gewesen. Der Kassenbericht des Kollegen Sura-wa wurde durch den Kollegen Leitner, welcher die Kasse geprüft und für richtig befunden hatte, anerkannt. Es erfolgte einstimmige Entlastung. Die Führung wurde den Kollegen Friede, Sura-wa und Köhl übertragen. Kollege Köllner wurde für seine Arbeit als Hauskassierer bester Dank gesagt. Die Versammlung schloß mit einem Appell, überall, wo es auch sei, aufklärende Gewerkschaftsarbeit zu leisten.

Berlin (Verwaltungsstelle). An das Motto: „Jugend und ihre Arbeit“ schloß sich eine große Aussprache in der Mitgliederversammlung am 27. Januar, dem Vortrag des Kollegen Weher über die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zur Reichsregierung an. Die Hauptrichtung der Aussprache war, auf die Jugendarbeit immer wieder aufmerksam zu machen, damit die Jugend und ihre besondere Erziehung auch in der Zeit der großen Not nicht Schaden leide. Lehrgänge mit sportlichen Betätigungen werden als Notwerk der deutschen Jugend proklamiert. Die christliche Bauarbeiterjugend will geführt werden im christlichen Sinne und will die Arbeit nicht als Last empfinden, sondern als Betätigung zur Verwirklichung des menschlichen Daseins, mit dem Ziele auf höhere Gesetze. Die Jugendgruppe Berlin ist sich ihrer Aufgabe bewußt und steht treu und fest in der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Kaufbeuren. Den Jahresbericht in unserer am 28. Januar stattgefundenen Generalversammlung erstattete Vorsitzender Kollege Bajer. Ihm folgte mit dem Kassenbericht der Kollege August Müller. Beide Berichte fanden Anerkennung. Der alten Vorstandschaft wurde durch einstimmige Wiederwahl ein besonderer Beweis des Vertrauens entgegengebracht. Vorsitzender ist Kollege Andreas Bajer, Kassierer August Müller, Schriftführer Josef Stedele. Bezirksleiter Kollege Schilling, München, verband mit dem Dank für die geleistete Arbeit die Aufforderung an den Vorstand und die gesamte Kollegenchaft, auch in Zukunft eifrig für den Verband zu wirken. In einem Vortrag besprach er unsere kommenden Aufgaben, die sich sowohl auf die Neugestaltung der Löhne und des Reichstarifvertrages, wie auch auf den bestmöglichen inneren Aufbau des Verbandes unter Mitwirkung der in diesem Jahre stattfindenden Verbandsgeneralversammlungen beziehen. J. St.

Köln. In der am 29. Januar stattgefundenen Generalversammlung unserer Verwaltungsstelle erstattete Kollege Eüderoth den Jahresbericht. Die Zahl der Arbeitslosen betrug in den letzten Sommermonaten über 55 Prozent. Das Gros der Bauarbeiter mußte infolge der langen Arbeitslosigkeit von der langen Krisen- bzw. Wohlstandsunterstützung leben. Die derzeitige — große — Krise wird neben den Arbeitslosenzahlen durch die Feststellung veranschaulicht, daß die Produktionsmenge — normal auf 100 gesetzt — von 72,2 im Jahre 1931 auf 58,7 Prozent im Jahre 1932 gesunken ist. Ein Drittel des wirtschaftlichen Lebens in Deutschland hat aufgehört. Das Volkseinkommen, das 1929 noch mit 76 Milliarden Mark geschätzt wurde, ist auf 52 Milliarden Mark zurückgegangen. Die Steuern und Sozialabgaben sind von 25 Prozent im Jahre 1929 jetzt auf rund 33 Prozent gestiegen. Die größte Beschäftigungseinbuße hat das Baugewerbe erlitten. Der Wohnungsbau, die Industriebau-tätigkeit sowie auch die Bautätigkeit der öffentlichen Hand liegen fast vollständig darnieder. In Köln glaubt man der Wohnungsnot mit dem Randsiedlungsplan Neuern zu können. Die dabei notwendigen Bauhandwerker sucht man mit Kräften des freiwilligen Arbeitsdienstes zu ersetzen. Ebenso wird ein großer Teil Tiefbauarbeiten unter dem Stichwort „zweckmäßig“ durch den freiwilligen Arbeitsdienst ausgeführt. Der Jugendliche wird fürjorgeberber, der Eheverratete geht stempeln und fällt mit der Familie der Wohlfahrt zur Last. Die Keuzregelung der Lohnabkommen war sehr schwierig. Trotzdem konnte der Lohn in der Spitze gehalten werden, auch die

Allgemeinverbindlichkeitserklärung wurde erreicht. Durch den Rechtschutz des Verbandes konnte den Kollegen die Summe von 4376 M. gesichert werden. Der materielle Erfolg, der außergerichtlich erreicht wurde und in Zahlen nicht zu erfassen ist, ist viel höher. Auskünfte wurden 2225, Schriftsätze 294 angefertigt, Besammlungen und Vorstandssitzungen fanden 172 statt, sonstige Termine nutzten 278 wahrgenommen werden. Durch unsern Arbeitsnachweis konnte noch eine den Verhältnissen entsprechende Anzahl Kollegen in Arbeit gebracht werden. Der Mitgliederstand ist erfreulicherweise im abgelaufenen Jahr stabil geblieben. Die große Arbeitslosigkeit wirkt sich auf die Kassenverhältnisse aus, zumal wir noch sämtliche Leistungen des Verbandes, wie Arbeitslosen-, Krankens-, Sterbe- und Invalidenunterstützung aufrecht erhalten. Wir erwarten von der Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms auch eine Belebung des Baugewerbes. Die Dauerbelegung der Wirtschaft wird von der Hebung der Kaufkraft abhängen. Dem Jahres- und Kassenbericht wurde einstimmig zugestimmt. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt, neu hinzugewählt wurde der Kollege Laerbusch. In einer anschließenden Familienfeier wies Bezirksleiter Häuschen auf die Notwendigkeit und Bedeutung der christlichen Gewerkschaftsbewegung in der heutigen, hochpolitischen Zeit hin und zeigte die großen Gefahren auf, die der Arbeiterchaft drohen.

Schwerin (Marthe). Am 29. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Dem Kollegen Johann Begaß konnte zu seinem 25jährigen Verbandsjubiläum das Ehren Diplom und die Silbernadel der Verbandsleitung und ein Geschenk der Verwaltungsstelle überreicht werden. Im verfloßenen Jahre wurde ebenfalls den Kollegen Gregor Engelmann und Paul Schön die selbe Ehrung zuteil. Nach Erledigung des Kassen- und Jahresberichts wurde der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt. 1. Vorsitzender: Albert Meißner, 1. Kassierer: Amandus Handke, 1. Schriftführer: August Otter. Die Versammlung war, den schlechten Zeitverhältnissen entsprechend, gut besucht, gerade die Jugend war in recht guter Zahl erschienen. A. D.

Jüdenbüren. Die Teilnahme an unserer Generalversammlung vom 29. Januar betrug nur 50 Prozent der Kollegen. Das muß künftig besser werden. Der Bericht des Kassierers fand Anerkennung. Desgleichen der Jahresbericht des Vorsitzenden. Mit einer kleinen Veränderung wurde die alte Vorstandschaft wiedergewählt. Der Plan zum gemeinsamen Besuch der Bauausstellung in Münster fand Anerkennung.

Bidenriede (Eichsfeld). In unserer Generalversammlung am 29. Januar gab Kollege Valentin Rihardt die Kassen- und Jahresabrechnung, die beste Anerkennung fand. Ein Gedächtnis galt unserem verstorbenen Verbandsvorsitzenden, Kollegen Wiedebere. In der Vorstandswahl wurde dem Kollegen Augustin Böttcher das Amt des Vorsitzenden, dem Kollegen Rihardt das Amt des Kassierers und dem Kollegen Degenhardt das Amt des Schriftführers übertragen. Die Mahnung des neugewählten Vorsitzenden, in alter Treue zum Verbands zu stehen, fand guten Anklang.

Friesdorf. Am 29. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Die Beteiligung war zufriedenstellend. Der Schriftführer, Kollege Peter Falkestein, erstattete den Jahresbericht, welcher einstimmig anerkannt wurde. Kollege Steinhauer, Bonn, gab einen Rückblick auf das Notjahr 1932 und seine Auswirkungen, indem er auf die großen Entbehrungen, bedingt durch die langanhaltende Arbeitslosigkeit, die im Bonner Gebiet 90 Prozent betrug, hinwies. Der Redner geißelte scharf die Kurzsichtigkeit einiger Kollegen, die dem Verbands den Rücken gefehrt haben. Allen Versuchen, den Tariflohn zu unterbieten, muß schärfstens entgegen gewirkt werden. Der Mitgliederrückgang muß den Vorstand veranlassen, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Kollegen, die innerlich doch zu uns gehören, zurückzuholen. Es wurde beschlossen, eine Hausagitation zu veranstalten. Ferner wurde angeregt, bei allen sich bietenden Gelegenheiten tatkräftig Agitation zu betreiben. Dieser Vorschlag wurde von allen Anwesenden mit regem Interesse anerkannt. Die bisherige Vorstandschaft wurde wiedergewählt. Der 1. Vorsitzende, Kollege Michael Henseler dankte und versprach alles zu tun, um die Organisation voran zu bringen zum Wohle der gesamten Bauarbeiterchaft. F. F.

Hüdershausen. Am 29. Januar konnte die hiesige Ortsgruppe eine zeitensprechende Jubilarehrung vornehmen. Den Jubilaren Karl Adam, Bernhard Arend, Franz Mecke, Friedrich Schönekeß und Gustav Trümper wurden vom Kollegen Wucherpiennig, Oberstadt, Diplom und Silbernadel für 25jährige treue Mitgliedschaft überreicht. Zu dieser Feier waren auch der Verbandsstellenleiter aus Humspringe und Kollegen aus Hülkerode erschienen, um die Jubilare zu beglückwünschen. Auch der Ortsfarrer hat in passenden Worten über das Ziel der christlichen Gewerkschaften gesprochen und den Jubilaren ebenfalls herzlich Glückwünsche entgegengebracht. Der Gezellenverein hat dazu beigetragen, daß der Abend durch Prologe, Theaterstücke und Gesangsvorträge ein festliches Gepräge bekam. In gemüthlicher Feststimmung konnten die Anwesenden noch einige frohe Stunden verleben. Möge die schlichte Feier dazu beigetragen haben, unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung treue Mitglieder zu bewahren, wie die Jubilare es sind, damit sie zum Wohle des Arbeiterstandes wirken kann. A. D.

Eine wichtige Aufgabe!

Am Sonntag, den 19. Februar, finden die Delegiertenwahlen zur Verbandsgeneralversammlung statt. Aufgabe und Zweck der Verbandsgeneralversammlung, der höchsten Instanz des Verbandes, sind bekannt. In der Beteiligung an den Delegiertenwahlen zeigt sich das äußere Interesse für die Aufgaben der Verbandsgeneralversammlung.

Die Arbeitslosigkeit im Verband im Januar 1933

Die Arbeitslosenberichte der Verbandsbezirke vom Monat Januar ergeben, daß die baugewerbliche Wirtschaftslage im Vergleich zum Vormonat wieder eine Verschlechterung erfahren hat. Gegenüber der Arbeitslosenfeststellung vom Monat Dezember 1932 mit 89,66 Prozent weist der Januar 1933 die Zahl der Arbeitslosen mit 91,26 Prozent auf. Das bedeutet ein Steigen der Arbeitslosenzahl um 1,78 Prozent. Gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres mit 92,29 Prozent liegt der diesjährige Stand um 1,12 Prozent niedriger. In den letzten sechs Jahren hatten wir im Monat Januar folgende Arbeitslosenzahlen: 1927 — 40,91 Prozent, 1928 — 40,50 Prozent, 1932 — 92,29 Prozent. Den ungünstigsten Stand hat der Bezirk Köln, ihm schließen sich an Königsberg, München und Berlin. Nur zwei Bezirke liegen unter 90 Prozent. Arbeitslos waren gemeldet in den einzelnen Bezirken in Prozent der Mitgliederzahl:

1. Berlin	92,45 %	7. Köln	96,49 %
2. Bochum	90,68 %	8. Königsberg	95,30 %
3. Breslau	85,12 %	9. München	94,94 %
4. Frankfurt	92,39 %	10. Münster	90,85 %
5. Hannover	91,20 %	11. Paderborn	90,57 %
6. Karlsruhe	85,85 %		

Kempten (Allgäu). Unsere Generalversammlung fand bei gutem Besuch am 29. Januar statt. Der Kassenbericht fand Anerkennung. Aus der Neuwahl ging als 1. Vorsitzender Kollege Eustach Kirsner, als 2. Vorsitzender Kollege Johann Guggemos, als Kassierer Jakob Etkinger und als Schriftführer Johann Weiraucher hervor. Bezirksleiter Schilling (München) berichtete über den Sturmlauf der Reaktion gegen die Gewerkschaften. Besonders der Tarifvertrag ist ihnen ein Dorn im Auge. Tarifverträge sind aber in dieser Notzeit doppelt notwendig, wenn der Arbeiter den Glauben an das Recht behalten und ihm die Möglichkeit zur Durchsetzung seines Rechtes gewahrt bleiben soll. Tarifunterstützungen müssen unsere stärkste Gegenwirkung herausfordern. Vorsitzender Kollege Kirsner mahnte zur Opferbereitschaft und Treue.

Schneidemühl. Unsere Generalversammlung am 30. Januar wurde eingeleitet durch den Jahresbericht des Vorsitzenden, Kollegen Gräber. Anschließend gab Kollege Krüger den Kassenbericht. Die Zahlen waren ein erneuter Widerchein der großen Not in unserm Bezirk und in unserer Grenzmark. Die alte Vorstandschaft wurde wiedergewählt. Arbeitersekretär, Kollege Wellke, hielt uns einen aufschlußreichen Vortrag über die wirtschaftspolitische Lage. Der Wunsch, recht bald wieder einen solchen Vortrag zu hören, zeigt, daß unsere Kollegen den Wert der Aufklärung würdigen.

Unsere Kollegen von Rhein und Nahe zur Generalversammlung in Norheim (Nahe). Der Vorstand der Verwaltungsstelle Kreuznach hatte für die diesjährige Generalversammlung nach Norheim in ausgerufen. Das Tagungstotal ist tags vorher von eifrigen Kollegen der Ortsgruppe geschmückt worden. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten ist die Ehrung eines Jubilars geplant. Kollege Jöbitz aus Bad Kreuznach begrüßte die Delegierten vom Rhein, von der Nahe, aus dem Obersteiner Gebiet, aus Rheinbesen, die Kollegen aus Norheim und der näheren und weiteren Umgebung, besonders auch die Frauen und ionischen Angehörigen der Kollegen sowie die erschienenen Gäste. Durch einen tragischen Unglücksfall war der erste Vorsitzende am Erscheinen verhindert, es wurde ihm baldige Besserung gewünscht. Der Jahres- und Geschäftsbericht ergab eine erfreuliche, wenn auch keine Anwartsentwicklung unserer Verwaltungsstelle. Es könnte noch besser sein, wenn alle Kollegen mit der größten Eifer und Energie für die Ausbreitung unseres Verbandes bemüht wären. Die Kassenverhältnisse sind unter den obwaltenden Umständen zufriedenstellend. Die Rechtsanhilfe des Sekretariates wurde im vergangenen Jahre recht oft in Anspruch genommen, es wurde die runde Summe von 2200 RM. für unsere Kollegen ertritten. Eine ganze Anzahl von Terminen, Schriftsätzen und Rechtsauskünften war für diese Tätigkeit notwendig. Die Arbeitslosigkeit drückt schwer, wenn auch einige Lichtblicke zu verzeichnen sind. Schwere Wetterwolken ziehen für die Arbeiterklasse am politischen Horizonte auf. Es gilt, an Rhein und Nahe in freier Kassenbrüderlichkeit als evangelische und katholische Bauarbeiter sich die Hände zu reichen und den christlich-nationalen Geist in Staat und Volk hineinzuatmen. Die Entwicklung beweist erneut, daß politische Parteien wandelbar sind, und daß wir in unserer gewerkschaftlichen Selbsthilfe die sicherste Stütze haben. In der Ansprache durch die Kollegen Spengler (Lanichied), Rides (Norheim) u. a. kam immer wieder der Wunsch zum Ausdruck, für unsere Anliege zu kämpfen und unseren Verband auszubauen. — Hieran nahm Kollege Jöbitz die Ehrung des Jubilars, des Kollegen Jselborn aus Ebernburg, vor. Mit den Gruppen und Gläubigen des Bezirks- und Verwaltungsstellenvorstandes und des Hauptvorstandes überreichte er dem Kollegen Ehrennadel und Silbernadel. Dabei legte er der Jugend ans Herz, Sorge zu tragen, daß auch in Zukunft diese Ehrung teilhaftig werden könne. Hieran ward unseres verstorbenen Kollegen Wiedeberg, des jahrelangen ersten Vorsitzenden, durch eine Minute stillen Gedankens gedacht. Die Mandolinentabelle Norheim wurde in dankenswerter Weise durch Musikstücke der Frauen aus dem Bauarbeiterlied folgte ein packendes Schlußwort, das in dem Wunsch gipfelte, in den letzten Monaten des Jahres zusammenzukommen und unseren Verband zu stärken. Josef Braun.

Kampar. In unserer gut besetzten Generalversammlung gab der Vorsitzende Kollege Franz Kütt den

Jahresbericht. Der Besuch der Versammlungen war nicht immer befriedigend, im übrigen aber können wir mit unsern Erfolgen und der Mitgliederentwicklung bei der großen Arbeitslosigkeit zufrieden sein. Der Bericht des Kassierers wies aus, daß noch ein Ueberfluß erzielt wurde. Bei der Neuwahl wurden die meisten Kollegen wiedergewählt und Kollege Georg Kütt, Jungarbeiter, neugewählt. Die Rechtschuherei des Verwaltungsstellensekretariats Würzburg fanden Anerkennung. Kollege Greib (Würzburg) skizzierte die gegenwärtige Lage im Baugewerbe und den Stand der Reichstariiverhandlungen. Die Bestrebungen, die Arbeiterklasse zu unterdrücken, werden unsern schärfsten Widerstand finden. Mit Mitleidigen und Halbtagslohnern ist Gewerkschaftsarbeit nicht zu leisten. Unsere Entwicklung am Ort beweist, daß Mut und Resolutheit uns weiterführen. — Im Anschluß an diese geschäftliche Tätigkeit folgte die Ehrung der drei Jubilare Theodor Zürrlein, Franz Josef Zürrlein und Balthasar Fischer. Unter jinnigen Worten wurden ihnen Diplom und Ehrennadel überreicht und die Glückwünsche der Verwaltungsstelle, des Bezirkes und des Hauptvorstandes ausgesprochen. Auch die anwesenden Frauen der Jubilare konnten sich überzeugen, daß der Verband die Gewerkschaftstreue zu schätzen weiß. Besonders ehrende Worte widmete der Herr Pfarrer den Jubilaren. Für die Jubilare sprach Ehrenvorsitzender Theodor Zürrlein den Dank aus und wußte auch noch mahnende Hinweise auf die Delegiertenwahl zur Verbandsgeneralversammlung und auf die notwendige Beitragsleistung anzubringen. Mit der Bauarbeiterhymne wurde die Feier beendet.

Dillhausen. In unserer Generalversammlung am 4. Februar gedachte einleitend unser Vorsitzender, Kollege Philipp Schermuly, in eindringlichen Worten unseres verstorbenen Verbandsvorsitzenden Kollegen Wiedberg. Die Vorstandswahl ging glatt vonstatten, denn der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Dann wählten wir noch einen Delegierten zur Verwaltungsstellenkonferenz nach Limburg. Im Jahre 1932 hatten wir vier Neuaufnahmen zu verzeichnen. Den Abschluß unserer Generalversammlung bildete ein Filmvortrag mit den Filmtiteln: Kann Sowjetrußland die Welt retten? Sowjetkultur droht! Als Nr. 3 hatten wir einen Film aus dem Werkjugendverlag Köln, und als Nr. 4 wurde uns die Herstellung einer Zeitung gezeigt. Alle Kollegen folgten den interessanten Bildern mit größter Aufmerksamkeit. P. Sch.

Mörs. Unsere Jahresgeneralversammlung am 5. Februar wurde eingeleitet durch einen Geschäftsbericht des Kollegen Peil. Die Durchschnittsarbeitslosigkeit im Reich wurde in unserm Bezirk noch überschritten. Die Einschränkung des Bergbaues und der Eisenindustrie haben das Jahr dazu getan. Jetzt droht noch das Gespenst der Stilllegung einer Grubenanlage. Die jährlich ungerechtfertigte Möglichkeit der Quotenübertragung kann der Arbeiterklasse neue Arbeitslosigkeit bringen. Die Anträge der rechtsradikalen Parteien in den Gemeindeförperschaften sind Bluff. Zuständig ist der Landtag, und wenn nichts geschieht, ist mitverantwortlich die im Landtag stärkste politische Partei. Die unruhige politische Benurteilung des Volkes im vorigen Jahre durch die Regierung von Papen und ihre sozialpolitischen Verschlechterungsmaßnahmen haben zur Verschlechterung der Lebenslage und der Volksstimmung wesentlich beigetragen. Die Lohngestaltung im Baugewerbe hat für unser Gebiet ein besonderes Unrecht geschaffen. Zur gegebenen Zeit für Abstellung zu sorgen, ist unsere Aufgabe. Die Rechtschaffenheit war außerordentlich lebhaft, sie brachte den Kollegen in 82 Fällen rund 4230.— Mark. Die jetztherige Vorstandschaft wurde wiedergewählt und durch einen Polier und einen Dachdecker ergänzt. Der Obmann der Bauarbeiterjugend von Mörs, Kollege Reber, gab einen Bericht über die Einrichtung und den Verlauf des Schulungskurses für arbeitslose Lehrlinge in Duisburg, woran von uns sechs Jungmännern teilnahmen. Trotz der erhöhten Sturmzeichen nicht verzagen, zur Fahne halten, mit dieser Mahnung schloß Vorsitzender Kollege Teichner die gut verlaufene Versammlung.

Eichkätz. Unsere Generalversammlung am 5. Februar erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Den Kassenbericht gab Kollege Meyer. Trotz der Not der Zeit haben wir uns gut gehalten. Unser Bezirksleiter, Kollege Schilling, München, sprach über das Tarifvertragsrecht und die Vorarbeiten zum Reichs- und Landestarifvertrag. Aus der Neuwahl gingen hervor als Vorsitzender Ferdinand Dengler, als Kassierer Josef Meyer, als Schriftführer Johann Fröhlich. Interessant waren auch für uns die nachfolgenden Ausführungen des Kollegen Schilling über den Gang eines Konfliktverfahrens. Das unserer Vorsitzenden auf seine Schlußrede gegebene Versprechen, auch in diesem Jahr in Eifer und Ausdauer gewerkschaftlich tätig zu sein, damit Schlimmeres von der Arbeiterklasse ferngehalten wird, muß gehalten werden. J. F.

Breslau. Unsere Generalversammlung am 5. Februar konnte einen guten Besuch aufweisen. Der Vorsitzende, Kollege Kanjerski, verwies einleitend auf den gewerkschaftsfeindlichen Kurs der derzeitigen Reichsregierung. Die Kontrolle der Mitgliedsbücher ergab, daß diese in Ordnung waren. Der Kassenbericht des Kollegen Adalbert Komische fand Anerkennung. Von einem guten einmütigen Geist zeugte die einstimmige Wiederwahl des gesamten Vorstandes; Vorsitzender wurde Paul Kanjerski, Kassierer Adalbert Komische, Schriftführer Bernhard Michalle. In einem geschäftlichen Vortrag über Arbeiterbewegung und christlich-nationale Gewerkschaft be sprach Kollege Komische die früheren Vorläufer unserer heutigen wirtschaftlichen Organisationen, die korporativen Berufsverbände des Mittelalters. Einer Zerstückelung durch die liberale Wirtschaftspolitik im 19. Jahrhundert mußten notwendigerweise neue Formen des Zusammenhanges folgen, um die Answände der kapitalistischen Wirtschaft bekämpfen und mildern zu können. Die christliche Arbeiterbewegung will

im Gegensatz zur sozialistischen geistiges Einzelstreben der Unternehmer sich auswirken lassen, aber alle Answände des Einzelstrebens um so schärfer bekämpfen. Da durch die wirtschaftliche Entwicklung der Staat immer mehr Aufgaben im Wirtschaftsleben übernommen hat, muß unser Streben sein, ihn zu einem christlich-sozialen Volksstaat auszubauen. Wir müssen deshalb revolutionäre Klassenkampfbestrebungen, wie die ausgeprägte Staatsvergottung, gleichzeitig bekämpfen. Das Tun weiter Kreise und insbesondere der heute tätigen Regierungsmänner, entspricht nicht unseren Gedankengängen. Wir müssen ihnen mit geistigen Mitteln entgegenwirken. Nicht der Kampf der Klassen und Stände gegeneinander, sondern die Eingliederung auch des Arbeiterstandes in Staat und Wirtschaft muß das Ziel sein, das eine wirtschaftliche und staatspolitische Verbindung gewährleistet.

Bekanntmachung

Gemäß § 5 Ziffer 1 und 2 der Verbandsjahung werden hiermit die bis zum 15. Februar 1933 gemeldeten und für das Jahr 1933 gewählten Verwaltungsstellen-Vorstandsmitglieder bestätigt. Diejenigen Verwaltungsstellen, die ihre neugewählten Verwaltungsstellen-Vorstandsmitglieder noch nicht gemeldet haben, werden gebeten, dies umgehend nachzuholen. Der Hauptvorstand.

Bücherschau

Deutscher Bauvereinskalender 1933. Herausgegeben vom Hauptverband Deutscher Baugewerkschaften e. V. Berlin, unter Mitwirkung der ihm angeschlossenen baugewerkschaftlichen Kreisverbände. — Verlegt bei Carl Henmanns Verlag, Berlin W 8, Mauerstraße 44. Preis 2.— Mark. Der Kalender ist ein wertvolles Nachschlagewerk für jeden der für den gewerkschaftlichen Wohnungsbau Interesse hat. Der Geschäftsbericht des Hauptverbandes zeigt die Entwicklung des Wohnungsbaues im allgemeinen und der Baugewerkschaften im besonderen. Wichtige Mittel über weiteren Ausbau der Baugewerkschaften und rationelle Bauführungsmethoden, sowie statistische Tabellen über den Stand der Baugewerkschaftsbewegung und den Stand der Wohnbautätigkeit ergänzen das Werk. Ein Adressverzeichnis des Spitzenverbandes und der angeschlossenen Kreisverbände, darunter auch das unseres Reichsbauingenieurvereinsverbands „Deutscher Heimbau“ e. V. und anderer für das Wohnungsweien in Frage kommenden Stellen runden den Kalender ab.

Sterbetafel

- Am 19. Dezember 1932 starb unser Kollege, der Bauhilfsarbeiter Matthias Geiß, im Alter von 54 Jahren. Er war 25 Jahre Mitglied unserer Verwaltungsstelle, und ein eifriger Förderer unserer gewerkschaftlichen Interessen. Verwaltungsstelle Teigte.
- Am 8. Januar starb unser treues Mitglied Heinrich Bögershausen mit 78 Jahren an Altersschwäche. Verwaltungsstelle Bremen.
- Am 22. Januar verstarb unser Kollege, der Maurer Felix Pleger, im Alter von 71 Jahren. Verwaltungsstelle Danzig.
- Am 31. Januar starb infolge Herzschlages unser Kollege August Kriegesgott. Seit 1905 war er Mitglied unseres Verbandes. Fünfzehn Jahre war er Kassierer der Ortsgruppe Gerthe. Trotz einer schweren Kriegsschädigung war er immer zur Stelle, wo es galt, die Interessen seiner Berufskollegen zu vertreten. Möge seine unermüdete Arbeit, sein aufrichtiges und bescheidenes Wesen, alle Verbandskollegen veranlassen, in seinem Sinne zu leben und zu wirken. Verwaltungsstelle Bochum.
- Am 2. Februar starb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege Umandus Wutte. Unermüdetlich war Wutte bei der Gründung sowie auch beim Aufbau der Verwaltungsstelle Schwerin tätig. Verwaltungsstelle Schwerin a. W.
- Am 3. Februar starb unser treuer Kollege, der Maurer Johann Scherer aus Wülfrath an Herzasthma. Verwaltungsstelle Wuppertal.
- Am Sonntag, den 5. Februar, verschied unerwartet unser Vorsitzender, der Maurer Josef Linn, im Alter von 45 Jahren an einer schweren Lungenerkrankung. Linn war 27 Jahre ununterbrochen Mitglied unseres Verbandes und stand stets mit in den vordersten Reihen. Ortsgruppe Rheinhausen.
- Am 6. Februar starb im Alter von 63 Jahren unser treuer Kollege und langjähriger Kassierer, der Maurer Leopold Senger, an Rippenfellentzündung. Wir verlieren in ihm einen alten Kämpfer und Jubilar. Ortsgruppe Neffeltöden.
- Am 7. Februar starb unser Mitglied, der Maurer Josef Meyer, im Alter von 26 Jahren an Blinddarmentzündung. Verwaltungsstelle Hannover.
- Am 8. Februar starb unser Kollege, der Stukaturer Johann Bode, im Alter von 53 Jahren nach fast 33jähriger Mitgliedschaft. Verwaltungsstelle Düsseldorf.

Ehre ihrem Andenken!

Werbt für den Deutschen!

Möbel-Kamerling
N. Kastanienallee 56,
Ecke Fehrdellinerstr.
Speise, Schlaf, Herrensitz, Küchen, Zurückgenom. Zim. u. Pr. Polier, Reiz. o. Polstermöb. Werkst. Kassa u. Teilzahlung.